

Antrag

der Abgeordneten Petra Pau, Dr. Gesine Löttsch, Dr. Hakki Keskin, Dr. Lukrezia Jochimsen, Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und der Fraktion DIE LINKE.

Abriss des Palastes der Republik stoppen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Deutsche Bundestag hat in seiner Sitzung am 4. Juli 2002 die Wiedererrichtung des Berliner Stadtschlusses als Humboldt-Forum unter Berücksichtigung der historischen Fassade beschlossen.

Seit August 2005 liegt eine Machbarkeitsstudie vor, nach der eine Umsetzung dieses Bundestagsbeschlusses „in wesentlichen Teilen nicht realisierbar“ ist.

Der Wiederaufbau des Berliner Stadtschlusses in der Nutzungsvariante Humboldt-Forum ist nach dieser Studie nur unter folgenden veränderten Prämissen überhaupt möglich:

- Die ursprünglich geplante ausschließlich öffentliche kulturell-kommunikative Nutzung des neu zu errichtenden Gebäudekomplexes (Humboldt-Forum) wird geändert und durch eine kommerzielle Nutzung (Luxushotel) ergänzt.
- Es müssen zwei Kellergeschosse zusätzlich angelegt werden, da der nutzbare Raum hinter den gewünschten historischen Schlossfassaden für die vorgesehenen Ausstellungsbereiche der außereuropäischen Kunst zu gering bemessen ist. Das bedeutet zusätzliche Kosten, vor allem durch die dann notwendig werdende Tieferlegung der geplanten U-Bahn-Linie unter dem Schlossgebäude.
- Die Gesamtkosten werden auf ca. 1,2 Mrd. Euro ansteigen. Dafür sind private Investoren zu finden. Es muss angestrebt werden, diese Summe 30 Jahre lang über ein Leasingverfahren mit bis zu 40 Mio. Euro jährlich vom Bund (75 Prozent) und vom Land Berlin (25 Prozent), zurückzuerstatten – einschließlich der Kosten für die Barockfassaden, die aus privaten Spenden nicht finanziert werden können.

Diese grundsätzlichen Veränderungen gegenüber den Ausgangsbedingungen des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 4. Juli 2002 kann der neu gewählte Bundestag nicht ignorieren.

Mit der Verzögerung des Neubaus des Humboldt-Forums und der provisorischen Gestaltung des Platzes als Grünfläche sieht der Deutsche Bundestag keinen Grund, den für Januar 2006 geplanten Abriss des nutzbaren Rohbaus des Palastes der Republik umzusetzen. Der Rohbau hat sich vielmehr mit seiner erfolgreichen Zwischennutzung als ein attraktiver Ort kultureller und künstlerischer Aktivitäten erwiesen.

rischer Projektarbeit in Berlin erwiesen. Der „Rohbau der Republik“ vermittelt praktisch und ideell zwischen dem alten Palast der Republik und dem zukünftigen Humboldt-Forum.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. den für Januar 2006 geplanten Abriss des Palastes der Republik sofort zu stoppen und bis zum Vorliegen eines beschlossenen und finanzierten Anschlussprojektes auszusetzen,
2. den Rohbau des Palastes der Republik so lange zu erhalten und für eine öffentliche Zwischennutzung zu kulturell-kommunikativen Zwecken zur Verfügung zu stellen, bis eine baureife, finanzierbare und politisch beschlossene Lösung für eine Neugestaltung des gesamten Schlossplatz-Areals vorliegt,
3. eine präzisierte Planung für die künftige öffentliche Nutzung des Areals für die Zwecke von Wissenschaft und Kunst bis Herbst 2006 vorzulegen,
4. gemeinsam mit dem Senat von Berlin eine Expertenkommission aus geeigneten Persönlichkeiten und Institutionen aus Wissenschaft und Kultur zur Realisierung dieses Anliegens zu bilden und eine breite öffentliche Diskussion mit den Bürgerinnen und Bürgern darüber in die Wege zu leiten,
5. sich verstärkt dafür einzusetzen, den Rohbau des Palastes der Republik zu nutzen, um die Konzeptentwicklung für die Umgestaltung des Areals öffentlich zu diskutieren.

Berlin, den 17. November 2005

Petra Pau

Dr. Gesine Löttsch

Dr. Hakki Keskin

Dr. Lukrezia Jochimsen

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

Begründung

Wesentliche inhaltliche Grundlagen für den Beschluss des Deutschen Bundestages vom 4. Juli 2002 zum Wiederaufbau des Berliner Stadtschlosses als Humboldt-Forum unter Berücksichtigung der historischen Fassade haben sich in den letzten Jahren grundsätzlich geändert: weder die ausschließlich öffentliche Nutzung des Areals noch seine Finanzierbarkeit sind mehr gesichert. Dennoch soll der nutzbare Rohbau des Palastes der Republik ab Januar 2006 abgerissen werden, ohne dass ein Vorschlag für eine sinnvolle und prospektive Zwischennutzung des Platzes in der Mitte der Hauptstadt nach erfolgtem Abriss vorliegt.

Damit würde ein zentrales öffentliches Zukunftsprojekt der Bundeshauptstadt auf die Beseitigung eines Symbols gebauter DDR reduziert. Mit der fehlenden Antwort auf die Frage nach der zukünftigen Entwicklung würde zugleich in Kauf genommen, dass zwischen Palast-Abriss und Schloss-Neubau für lange Zeit eine Brachfläche mitten im historischen Kern Berlins entsteht. Hinzu kommt, dass der Rohbau immer noch einen erheblichen Teil des ursprünglichen Gebäudewertes repräsentiert.

Die funktionelle und städtebauliche Entwicklung des Areals der Spreeinselmitte ist mit dem Konzept des „Humboldt-Forums“ erst ansatzweise umrissen. Die öffentliche Nutzung des Areals als eines hauptstädtischen Kulturforums der

Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts muss weiter präzisiert werden. Kein Ort in der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Hauptstadt Berlin ist von Geschichte und gesellschaftlicher Bedeutung her hierfür besser prädestiniert als die Mitte der Spreeinsel. Keine andere öffentliche Bauaufgabe könnte der Vereinigung Deutschlands, seiner intellektuellen Verankerung in der Welt und der Schaffung einer bürgerschaftlichen Mitte der Hauptstadt dienlicher sein.

Aus einer solchen übergeordneten funktionellen Neubestimmung der Mitte der Spreeinsel kann seine notwendige funktionelle und architektonische Ausgestaltung folgen, nach der offen und öffentlich gesucht werden sollte: zukunftsorientiert im Kontext historischer Bindungen, das heißt nicht primär zur Reproduktion historischer Bilder, sondern zur Aufhebung der Vergangenheit in der Gegenwart für die Zukunft.

Erst wenn dieses Zukunftsprojekt hinreichend bestimmt ist, kann entschieden werden, ob der Rohbau des Palastes der Republik hierfür ganz bzw. in Teilen weitergenutzt werden kann und/oder abgerissen werden muss. Ein Abriss ohne vorherige Auftragsvergabe für das Anschlussprojekt ist durch nichts gerechtfertigt.

